Gesellschaft . Wirtschaft . Politik
Sozialwissenschaften für politische Bildung
www.budrich-journals.de

Jahrgang 71, 2022, Heft 1 – Inhalt

EDITORIAL 1

ONLINE-ARCHIV

Thema: Sozialpolitik 4

MEINUNG

Roland Sturm
Kreatives Budgetieren – ein Demokratieproblem 5

AKTUELLE ANALYSEN

Henrik Uterwedde
Vor der Präsidentschaftswahl: Frankreich rückt nach rechts 9

Hendrik Träger
Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten 14

Wolfgang Obergassel, Christof Arens, Lukas Hermwille, Victoria Brandemann, Meike Spitzner, Christiane Beuermann, Nicolas Kreibich, Max Schulze-Steinen, Hermann E. Ott
Glasgow, ein Wendepunkt? Eine erste Bewertung der Klimakonferenz COP26 21

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE

Jens van Scherpenberg
Das Corona-Kreditprogramm der EU: eine neue Dimension Europäischer Integration 29

FACHAUFSÄTZE

Rolf G. Heinze, Jürgen Schupp
Bürgergeld und Kindergrundsicherung als Einstiege ins bedingungslose Grundeinkommen? Wendemarken im Koalitionsprogramm der neuen Bundesregierung 37

Josef Schmid
Rente und Generationsgerechtigkeit – viele Analysen, einige Zuspitzungen, wenige Lösungen 51

Andrea Szukala
Bürgerbildung und wehrhafter Republikanismus in Frankreich nach dem Attentat auf Samuel Paty 66

Gesellschaft . Wirtschaft . Politik
Sozialwissenschaften für politische Bildung
www.budrich-journals.de

Oliver Kannenberg
Die Demokratisierungsprozesse der jugoslawischen Nachfolgestaaten – Eine Bilanz nach 30 Jahren 77

KONTROVERS DOKUMENTIERT
Edmund Budrich
Der Klimawandel, die Politik und die Gewerkschaften 89

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Felix Schreiber, Malte Ring
Wirtschaftsdidaktik – Aufgaben und Verortungen
Systematische Annäherung an den Begriffsgebrauch in drei wirtschaftsdidaktischen Zeitschriften 97

IDEENWETTBEWERB 3. PREIS
Christian Fischer
Die Szenario-Technik „Unsere Zukunft nach der Corona-Krise“ Entwurf und Reflexion 107

DAS BESONDERE BUCH
Barbara Zehnpfenning
Den linken Zeitgeist im Visier 117

REZENSIONEN
David Jahr
Rico Behrens, Anja Besand, Stefan Breuer: Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule 123

Benjamin Moritz
Stefanie Kessler: Demokratielehre in Politikunterricht und Schule. Eine qualitativ-rekonstruktive Studie zu Lehrorientierungen von Politiklehrern/innen 124

Autorinnen und Autoren 125

Vor der Präsidentschaftswahl: Frankreich rückt nach rechts

Henrik Uterwedde

Im April 2022 wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. Es handelt sich dabei um die entscheidende politische Weichenstellung in unserem Nachbarland, denn der Präsident verfügt im politischen System der V. Republik über eine erhebliche Machtfülle, vor allem wenn er von einer Mehrheit in der Nationalversammlung unterstützt wird. Dies haben die vergangenen fünf Jahre mit Präsident Emmanuel Macron an der Staatsspitze mit aller Deutlichkeit vorgeführt. Wohin wird die Reise Frankreichs, unseres wichtigsten Partners in der Europäischen Union, diesmal gehen? Kann Macron sich erneut behaupten, oder wird er – wie es seinen beiden Vorgängern erging – aus dem Amt gewählt? Wer könnte dann das Land regieren? Mittlerweile haben sich alle politischen Lager in Stellung gebracht, stehen die Kandidatinnen und Kandidaten vorläufig fest. Nur Macron hat sich noch nicht klar geäußert; er möchte möglichst lange von seinem Amtsbonus profitieren und dürfte den Februar abwarten, um seine erneute Kandidatur zu verkünden. Der folgende Beitrag versucht, die derzeitige politische Landschaft in Frankreich zu skizzieren und die Chancen der einzelnen Bewerber einzuschätzen. Zunächst aber soll der Zustand Frankreichs beleuchtet und dabei auch eine Bilanz der Präsidentschaft Macrons gezogen werden.

Rasanter Reformkurs: Licht und Schatten

Emmanuel Macron übernahm im Mai 2017 die Macht in einem Land, das durch tiefgreifende Probleme, Verunsicherungen und gesellschaftliche Spaltungen gekennzeichnet war.[1] Eine Wachstums-, Sozial- und Vertrauenskrise hatte sich in den Jahren zuvor aufgebaut, der gegenüber die Politik sich als zunehmend hilflos erwiesen hatte. Macrons Wahl signalisierte dagegen einen Aufbruch, einen Neuanfang. Ihm war es gelungen, sich als Reformkandidat der Mitte gegenüber den etablierten Parteien der Rechten (Les Républicains) und der Linken (Sozialistische Partei) durchzusetzen und und die rigide Links-Rechts-Polarisierung zu überwinden. Kaum im Amt, überzog der Präsident das Land mit einer wahren

Henrik Uterwedde
Deutsch-Französisches Institut

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 9-13
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.02

Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten

Hendrik Träger

1 Einleitung

„Der Osten beweist einmal mehr seine Wechselbereitschaft, wenn die Köpfe an der Spitze stimmen", kommentierte Thomas Vorreyer (2021) die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021. Das unterschiedliche Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen wird seit der Wiedervereinigung sowohl im öffentlichen als auch im akademischen Diskurs thematisiert: Mitte der 1990er-Jahre konstatierte Hans-Georg Golz (1994, S. 1131) eine „klare Aufteilung der Republik in zwei Wahlgebiete mit scharfen, voneinander abweichenden Konturen". Zu einem ähnlichen Befund kamen damals Russell J. Dalton und Wilhelm Bürklin (1995), weshalb sie von „[t]wo [g]erman [e]lectorates" sprachen. Ein differenziertes Bild zeichneten Steffen Schoon und Nikolaus Werz (2005, S. 976) nach der Bundestagswahl 2005, indem sie „nicht in erster Linie eine Ost-West-, sondern vielmehr eine Nord-Süd-Spaltung" beobachteten. Auch spätere Studien zeigen, dass sich Ost und West nicht immer als jeweils homogene Gruppen gegenüberstehen. Außerdem wurde analysiert, ob sich das Wahlverhalten allmählich angleicht oder noch stärker als früher unterscheidet (exemplarisch Gabriel 2011; Höhne 2021; Jesse 2011; Träger 2011, 2015). Hinsichtlich des letzten Aspektes kam Benjamin Höhne (2021, S. 90) jüngst zu einem ambivalenten Befund: „Weder haben sich Ost-West-Unterschiede gänzlich abgeschliffen noch ist ein Auseinanderstreben zu beobachten."

Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Beitrag anhand von drei Parametern, die aus den Erkenntnissen der Wahlforschung abgeleitet werden *(Abschnitt 2)*, das Wahlverhalten im September 2021 analysiert. Dabei wird untersucht, (1) welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ost- und den Westdeutschen bestehen, (2) ob die ostdeutschen und die westdeutschen Ländern jeweils geschlossene Formationen bilden und (3) inwieweit das Abstimmungsverhalten im Vergleich zu früheren Wahlen verändert hat *(Abschnitte 3 und 4)*.

2 Analyseparameter

Das elektorale Verhalten von Ost- und Westdeutschen ist ein häufig aufgegriffener Untersuchungs-

Dr. phil. Hendrik Träger
Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig und stellvertretender Vorsitzender des „Sächsischen Kompetenzzentrums für Landes- und Kommunalpolitik" (SKLK).

(Foto: privat)

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 14-20 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.03

Glasgow, ein Wendepunkt?

Eine erste Bewertung der Klimakonferenz COP26

Wolfgang Obergassel, Christof Arens, Lukas Hermwille
Victoria Brandemann, Meike Spitzner, Christiane Beuermann,
Nicolas Kreibich, Max Schulze-Steinen, Hermann E. Ott

Die 26. Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Conference of the Parties, COP26) fand Anfang November 2021 unter britischem Vorsitz in Glasgow statt. Die COP26 markierte die symbolische Halbzeit zwischen der Verabschiedung der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) im Jahr 1992 und dem Jahr 2050, in dem laut IPCC weltweit netto null CO_2-Emissionen erreicht werden müssen.[1] Bis heute steigen die CO_2-Emissionen jedoch stetig an. Vor diesem Hintergrund war das Pariser Abkommen (PA) von 2015 ein zentraler Durchbruch. Es ist das erste internationale Abkommen, das von allen Ländern ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen verlangt.

Glasgow: Umfang der erforderlichen Anstrengungen präzisieren

Im PA beschloss die internationale Gemeinschaft, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau, am besten unter 1,5°C, zu halten. So wurde das oberste Ziel der UNFCCC präzisiert, den gefährlichen anthropogenen Klimawandel zu verhindern. Das Temperaturziel des PA definiert die Gefahrenschwelle des Klimaregimes und übersetzt es in Emissionspfade. Es legt fest, dass die globalen Emissionen schnellstmöglich ihren Höhepunkt erreichen müssen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts muss ein Gleichgewicht zwischen Emissionen und Senken erreicht werden.

Die Diskussionen seit Paris haben dieses Ziel weiter gestärkt. Lag das internationale Ziel bisher bei 2°C, wurde in Paris die 1,5°C-Grenze nur aufgrund des starken Drucks der am stärksten gefährdeten Länder aufgenommen. Seit Paris ist die 1,5°C-Grenze immer mehr Maßstab für Maßnahmen geworden, und auch die britische COP-Präsidentschaft sah das übergeordnete Ziel der Konferenz darin, „das 1,5°C-Ziel in Reichweite zu halten".

Der Klimapakt von Glasgow stellt Ergebnisse des IPCC in den Vordergrund (besonders die des alarmierenden 1,5°C-Berichts) und erkennt an, dass die Auswirkungen des Klimawandels bei 1,5°C im Vergleich zu 2°C „viel geringer" sein werden, und „beschließt, die Bemühungen fortzusetzen", um unter 1,5°C zu bleiben. Noch bemerkenswerter ist, dass in dem Beschluss erstmals die Verbindung zwischen langfristigen und kurzfristigen Zielen hergestellt wird. Er unterstreicht die Ergebnisse des IPCC-Berichts, wonach die 1,5°C-Grenze nur dann zu erreichen ist, wenn die CO_2-Emissionen bis 2030 um 45% unter das Niveau von 2010 und bis zur Mitte des Jahrhunderts auf (netto) Null gesenkt werden.

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 21-27 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.04

Das Corona-Kreditprogramm der EU: eine neue Dimension europäischer Integration

Jens van Scherpenberg

Das Programm der EU zur Aufnahme von Krediten über rund 800 Mrd. € am Kapitalmarkt, das im abgelaufenen Jahr 2021 in Kraft trat, wird in Deutschland von manchen immer noch als eine Art finanzieller Sündenfall diskutiert, als Verletzung eines ehernen Gesetzes, mit dem vor über 20 Jahren die Gemeinschaftswährung Euro eingeführt wurde: keine „Eurobonds", also keine von der EU selbst emittierten Schulden, für die die Mitgliedstaaten quasi gesamtschuldnerisch haften.

Das Prinzip der nationalen Haftung für nationale Schulden war, vor allem auf Drängen Deutschlands, dem Euro in die Wiege gelegt worden. Und auch in der Eurokrise der Jahre ab 2010 wurde es im Grundsatz rigoros aufrecht erhalten. Gemeinschaftliche Sonderkreditprogramme wie der ESM halfen den von der Krise am meisten betroffenen Staaten zwar über akute Liquiditätskrisen hinweg, die durch den Zwang zur Bedienung ihrer überhöhten Staatsschulden gegenüber europäischen Banken entstanden. Aber das geschah wiederum in Form von Krediten an die betreffenden Länder, die also – wenn auch mit langer Frist – von diesen zurückzuzahlen sein würden.

Nun gibt es also tatsächlich eigene „Euro-Bonds", Staatsanleihen, deren Emittent die Europäische Kommission ist und für deren Rückzahlung sie mit dem EU-Haushalt haftet, und damit indirekt alle Mitgliedstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft, an der gemessen sie zum EU-Haushalt beitragen. Die als Kredite aufgenommenen Mittel sollen zudem an die Mitgliedstaaten zu einem größeren Teil als unmittelbare Zuweisungen, nicht als Kredite, ausgezahlt werden, und zwar orientiert an deren Bedarf, also an ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Betroffenheit durch die Corona-Pandemie. Es findet also genau das statt, was in der deutschen Debatte von EU-Kritikern immer als „Transferunion" verteufelt wurde: ein Einstieg in einen innergemeinschaftlichen Finanzausgleich.

Das alles darf bis heute nicht so genannt werden, muss den eurokritischen Teilen der Öffentlichkeit in verschiedenen Ländern, vor allem in Deutschland, als außerordentliche, einmalige Sondermaßnahme verkauft werden.

Die Europäische Kommission hat sich diesem defensiven Tenor allerdings nicht unterwer-

Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 29-36 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.05

Bürgergeld und Kindergrundsicherung als Einstiege ins bedingungslose Grundeinkommen?

Wendemarken im Koalitionsprogramm der neuen Bundesregierung

Rolf G. Heinze/Jürgen Schupp

Zusammenfassung
Im Beitrag wird diskutiert, ob es sich bei der vorgesehenen Ablösung von Hartz IV durch ein Bürgergeld und den Aufbau einer Kindergrundsicherung eher um einen symbolischen Wandel handelt oder die im Herbst 2021 gewählte Ampel-Koalition einen substanziellen Neuanfang und eine grundlegende Reform des Wohlfahrtsstaates einleitet. Zusammenfassend werden die geplanten Maßnahmen der neuen Bundesregierung als schleichende Transformation einer beitragsfinanzierten Lebensstandardabsicherung zum Grundsicherungsstaat mit einer universalistischen Sozialintegration gedeutet.

Einführung: Abweichungen im Kontinuitätsmodus

Ein zentrales Projekt der neuen Bundesregierung ist die Ablösung von Hartz IV durch ein Bürgergeld und der Aufbau einer Kindergrundsicherung. „Anstelle der bisherigen Grundsicherung (Hartz IV) werden wir ein Bürgergeld einführen. Das Bürgergeld soll die Würde des und der Einzelnen achten, zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen sowie digital und unkompliziert zugänglich sein“ (Bundesregierung 2021, 75). In die gleiche Richtung wird hinsichtlich der Alterssicherung argumentiert: „Wir lösen die Grundsicherung durch ein neues Bürgergeld ab, damit die Würde des Einzelnen geachtet und gesellschaftliche Teilhabe besser gefördert wird“ (6). Und auch mit Blick auf die geplante integrative Kindergrundsicherung spricht die für einen entsprechenden Gesetzentwurf zuständige Ministerin gar von einem Paradigmenwandel: „Die Kindergrundsicherung wird ein Paradigmenwechsel sein. Es gibt hierzulande

Prof. Dr. Rolf G. Heinze
Ruhr Universität Bochum (RUB)
Fakultät für Sozialwissenschaft und Wiss. Direktor des Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der RUB (InWIS)

Prof. Dr. Jürgen Schupp
Senior Research Fellow beim Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin und Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 37-50 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.06

etwa 150 Familienleistungen, da blickt kein Mensch durch. Es braucht eine Leistung, die nach der Geburt eines Kindes schnell und unbürokratisch an Familien ausgezahlt wird, nach einem digitalen Antrag. Einen Garantiebetrag bekommen dann alle Kinder. Ein Zusatzbetrag kommt einkommensabhängig obendrauf. Im Effekt führt das dazu, dass wir mehr Kinder und Familien aus der Armut holen" (Spiegel 2021). Die neue Bildungsministerin beabsichtigt ebenfalls einen als überfällig erachteten Gesetzesvorschlag zur Reform des Systems der Ausbildungsförderung (BAföG) mit einem ganz ähnlichen Tenor und Leitbild vorzulegen: „Wir werden es auch unbürokratischer und elternunabhängiger machen – parallel zur Kindergrundsicherung" (Stark-Watzinger 2021).

Im Folgenden soll diskutiert werden, ob es sich um einen nur symbolischen Wandel handelt oder ist es ein substanzieller Neuanfang, der einen Bruch mit der Hartz IV-Gesetzgebung markiert und als erster Schritt zur Überwindung des alten Systems des „Förderns und Forderns" in Richtung eines Grundsicherungsstaates gedeutet werden kann? Eine solche schleichende Transformation einer beitragsfinanzierten Lebensstandardabsicherung zum Grundsicherungsstaat mit einer universalistischen Sozialintegration wurde bislang primär in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Feldern thematisiert: „Die sozialpolitischen Debatten und – ihnen entweder folgend oder vorausgehend – Reformen im Leistungsbereich haben sich von der klassischen Sozialversicherungsstaatlichkeit in Richtung Grundsicherungsstaatlichkeit verschoben" (Nullmeier 2019, 33; vgl. auch Busemeyer/Garritzmann 2019).

Deshalb sollte geprüft werden, ob es beim Bürgergeld und der Kindergrundsicherung um die Fortsetzung einer schon länger laufenden stillen Wende des Sozialstaates und eine Abkehr vom traditionellen beitragsfinanzierten Typus Bismarck'scher Prägung handelt, die umschrieben werden kann als Weg von einer erwerbsarbeitszentrierten und an Bedarfsgemeinschaften ausgerichteten Architektur sozialer Sicherung zu einem garantistischen sowie bürokratieärmeren Sozialstaat mit mehr individuellen und weniger familienbezogenen Anrechten. Wir werden Argumente für die These einer fortschreitenden, stufenartig sich ausbreitenden universalistischeren sozialen Sicherung stark machen, wohl wissend, wie schwierig Politikwechsel gerade im „stählernen Gehäuse" der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und deren Verwaltung sind (vgl. Heinze/Schupp 2022, 177ff.). Tiefergehende Sozialstaatsreformen sind in Deutschland selten und zumeist umstritten, was sich hinsichtlich des Vierten Gesetzes für „moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (besser bekannt als Hartz IV) belegen lässt. Insbesondere die jetzt den Bundeskanzler stellende sozialdemokratische Partei hat hierüber tiefgreifende Legitimations- und Organisationskrisen erfahren und auch allgemein litt die Gesetzgebung von Beginn an trotz vorzeigbarer Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit unter einem schlechten Image in der Bevölkerung und bei nahezu allen sozialpolitischen Interessenorganisationen (vgl. Schupp 2019). Obgleich derzeit ein Systemwechsel hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen von keiner der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien verfolgt wird, stößt es in der Bevölkerung durchaus seit Jahren auf Sympathien. Dies trifft insbesondere für junge Menschen mit einer hohen Bildung zu. Bei einer repräsentativen Umfrage sprach sich etwa die Hälfte der Befragten für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus (vgl. Adriaans

Rente und Generationsgerechtigkeit – viele Analysen, einige Zuspitzungen, wenige Lösungen

Josef Schmid

Zusammenfassung
Rente und Generationengerechtigkeit sind seit über zwei Jahrzehnten in der öffentlichen Diskussion; mehrere Kommissionen und Expertisen haben das Feld empirisch ausgeleuchtet – und (zu) wenig ist passiert. So zumindest die skeptisch Einschätzung vieler Beobachter. Woran liegt das? Wie so oft ist sie Antwort: An der Komplexität des Problems und der Heterogenität der Interessen und Betroffenen. Denn je nachdem, an welcher Stellschraube man dreht fallen unterschiedliche Kosten und Nutzen an. Und zugespitzt: (nur) simple Definitionen erlauben „gute" Messungen, komplexere Bearbeitungen der Problematik generationengerechte Rente führen zu Schätzungen mit Fehlern und Interpretationsspielräumen. Am Ende bleibt nur die politische Diskussion über ein faire und solidarische Verteilung von Lasten und Nutzen als Lösungsweg.

1 Das Thema im Alltag

Wenn man mit den Leuten über die Rente spricht, machen sich bei Allen schnell große Unsicherheit und Sorge breit. Das gilt m.E. sowohl für ältere als auch jüngere Gesprächspartner sowie für alle Schichtzugehörigkeiten. Die Zeiten, in denen man den Satz „Die Rente ist sicher" geglaubt hat, sind längst vorbei. Dabei ist es nicht nur die Ungewissheit, die prinzipiell allen zukünftigen Entwicklungen innewohnt, sondern es ist vor allem das Zusammenwirken mehrerer großer Veränderungen und Herausforderungen. Der demografische Wandel erzeugt massive Folgen, denn einerseits nehmen die Älteren und deren Lebenserwartung deutlich zu, während umgekehrt eine starke „Unterjüngung"[1] wegen der sinkenden Reproduktion stattfindet. Zugleich wandelt sich

Professor Dr. Josef Schmid
Universität Tübingen
Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 51-65 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.07

der Arbeitsmarkt im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung, die Leistungsfähigkeit der Familie sinkt und die Lebensläufe werden unsteter. Schließlich verlieren kulturelle Selbstverständlichkeiten und politische Steuerungsfähigkeit ebenfalls an Konstanz und Verlässlichkeit. Kurz: Zuverlässigkeit droht sich in Zufälligkeit zu verwandeln.[2]

Aus dieser Konstellation ergibt sich in Bezug auf die Rente – neben diversen anderen Fokussierungen – der Generationenkonflikt als Diskurs und Problembeschreibung.[3] Zugespitzt dargestellt findet sich das in Karikaturen wie derjenigen, auf der zweimal ein Fahrrad mit Anhänger abgebildet ist. Im ersten Fall, der sich auf die früheren „goldenen Jahre" bezieht, treten drei Personen und ein Mensch lässt sich ziehen. Im anderen Bild wird die Ritschka nur noch von einem Menschen betrieben, dafür sitzen drei im Anhänger. Man könnte die Zuspitzung noch steigern, indem man die drei Sekt trinken und die Peitsche schwingen lässt.[4] Aber trifft das in Wirklichkeit zu? In der öffentlichen Diskussion vielleicht, nach repräsentativen Umfragen eher weniger. Dabei zeigt sich, dass die Problematik etwas komplexer als die hübsche Grafik ist. Man kann sich etwa ebenfalls vorstellen, dass die aktiven Personen durchtrainiert sind und dass das Fahrrad über einen starken Hilfsmotor verfügt. Damit sind wir bei den Tücken der Vereinfachung: Die Relationen von Kopfzahlen sind allenfalls ein Element im komplexen Gefüge der Altersversorgung[5] und ihrer Finanzierung. Im Grunde geht es vielmehr um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die wiederum stark von der Qualifikation abhängt. Das Problem der bloßen Zählung von Köpfen gilt im Übrigen ebenfalls bei den Wählern; auch hier wird gerne die Gefahr einer Rentnerpublik oder Gerontokratie als Ursache für die Gerechtigkeitslücke bei den Jungen postuliert – was empirisch kaum Evidenz findet[6]. Denn die politischen Präferenzen sind genauso heterogen wie die Varianten von Gerechtigkeit.

2. Demografischer Wandel und Folgen für Renten – Datenlage und Modellrechnungen

Ein erstes Schlaglicht auf die Entwicklung wirft die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2040. Demnach umfaßt die Gesamtbevölkerung dann 82,1 Mill. Menschen, davon sind 45,8 Mio im Alter von 20 bis 66 Jahren und 21,4 Mio sind 67 Jahre und älter. Solche Berechnungen basieren auf Annahmen über Geburten- und Sterblichkeitsraten sowie Zuwanderung. Die ersteren sind relativ gut prognostizierbar, während letzteres – wie in den Jahren 2015/16 zu sehen war – eine erheblich größere Erratik aufweist.[7]

Für die Abschätzung der Folgen des demografischen Wandels bildet der Altersquotient eine wichtige deskriptive Variable. Er gibt das Verhältnis der Personen im Rentenalter (65 Jahre und älter) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis unter 65 Jahren) an. In der Darstellung der Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (2020, S. 48) ergibt sich folgendes Bild. Bis Mitte der 2030 Jahre steigt der Anteil der Älteren in Relation zu den Jüngeren massiv an, danach erfolgt ein weiteres, jedoch nur noch schwaches Wachstum. Dahinter stehen zwei unterschiedliche demografische Treiber:

Bürgerbildung und wehrhafter Republikanismus in Frankreich nach dem Attentat auf Samuel Paty

Andrea Szukala

Zusammenfassung
In diesem Beitrag wird gezeigt, wie nach dem Paty-Attentat im Jahr 2021 und im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2022 eine Dynamik der antagonistischen Radikalisierung die politische Bildung in der Schule vor große Herausforderungen stellt.

1 Die Bedrohungen der Republik

Ein Jahr nach dem Anschlag auf Samuel Paty und nur wenige Monate vor der nächsten Präsidentschaftswahl verschärft sich die öffentliche Debatte in Frankreich weiter um die Themen Laizität, Bildung und das Zusammenleben in der multikulturellen Gesellschaft. Beobachter:innen gehen davon aus, dass die Fragen der Selbstverständigung um Demokratie und Gesellschaftspolitik wahlentscheidend für den nächsten Urnengang am 10. und 24. April 2022 sein werden: Eine IPSOS-Umfrage aus dem November 2021 zeigt an, dass sich die Überzeugungen der Französ:innen mit Blick auf die französische Demokratie und Gesellschaft negativ entwickelt haben. Dabei spielen Zweifel am republikanischen Modell sowie an Eliten eine besondere Rolle. Die Defizite der Schule sind für die Bürger:innen ein hoch bedeutsamer Ausgangspunkt von Frankreichs Problemen (Tab.1). Nach dem Attentat, das angesichts der Grausamkeit und der Zielgerichtetheit auf einen Vertreter der Institution Schule als ein Angriff auf das französische Integrationsmodell gelesen wird, spitzt sich die Frage nach der staatlichen Erziehung für die Werte der Republik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Prof. Dr. Andrea Szukala
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Fachdidaktik der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft (IfPol)

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 66-76 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.08

neu zu. Schließlich haben die Zersplitterung des Parteiensystems seit 2017 und die Erfahrung mit einer reformorientierten neuen Sammlungspartei „République en Marche" die Desillusionierung der Französ:innen mit Blick auf die Erneuerungsfähigkeit ihres Landes verschärft. Die Bedeutung ökonomischer Themen nimmt derweil ab, und Anreize für politische Unternehmer:innen, von dieser Situation zu profitieren und aus Wertekonflikten politisches Kapital zu schlagen, sind hoch (Portier 2021).

Im Folgenden soll der spezifisch neue Kontext des weiterhin krisenhaften Zustandes aus Sicht von Demokratiepolitik, mit besonderem Schwerpunkt auf der politischen Bildung nach dem Paty-Attentat, betrachtet werden (2). Die danach verfügten Maßnahmen, besonders das sogenannte Separatismusgesetz (verabschiedet als „Gesetz vom 24. August 2021 zur Stärkung des Respekts vor den republikanischen Prinzipien"), zielen auf eine weitere Stärkung eines wehrhaften Republikanismus (3). Mit der Vermittlung eines demokratischen Laizismus wird in der Folge des Attentates ein spezifischer Modus des innenpolitischen Regierens in der Schule fortgesetzt, der diese demokratiepolitisch belastet, auch mit Blick auf die auf sie bezogenen Werte- und Handlungsdilemmata (4).

2 Der Terrorismus und das *Vivre Ensemble*: Das Paty-Attentat im Kontext einer Spaltungserzählung

Der Anschlag auf Samuel Paty am 16. Oktober 2020 gilt als vorläufiger Höhepunkt einer Bedrohungslage, die sehr weit auf die Gesellschaft, Nachbarschaften und Schulgemeinden wie jener in Conflans-Sainte-Honorine, dem Tatort in der Nähe von Paris, ausgreift. Paradoxerweise verweisen aber neue Messungen der Gesellschaftswahrnehmung darauf, dass trotzdem die terroristische Bedrohung heute als weniger gravierend angesehen wird als noch im Jahr 2018. Änderungen zeigen sich hingegen vor allem bei der Selbstbeschreibung des Landes als zerrissen und durch Einwanderung und Multikulturalität unter Druck. Die Spannung zwischen Gruppen in der Gesellschaft wird als erheblich eingestuft (s. Tabelle 1). Der in diesem Zusammenhang vielfach adressierte „Kommunitarismus" gilt dabei als Gegenentwurf zum Laizismus und zum Verständnis einer gegenüber Religionen und anderen privaten Überzeugungen blinden, geeinten französischen Republik (Airiau 2004; Baubérot 2021; Almeida 2016).

Zahlreiche neue Fakten zu dem Attentat liegen inzwischen vor und können anhand der Berichterstattung der nationalen Qualitätspresse rekonstruiert werden (in diese gingen neben offiziellen Erklärungen u.a. Ermittlungsergebnisse des Staatsschutzes ein). Die brutale Tat ist in eine extrem komplexe Fallmechanik eingefasst, die Ermittlungen sind bis heute nicht abgeschlossen und bis zu einer Prozesseröffnung werden noch Jahre vergehen (Le Monde 2021).

Die Demokratisierungsprozesse der jugoslawischen Nachfolgestaaten – Eine Bilanz nach 30 Jahren

Oliver Kannenberg

Zusammenfassung
Vor nunmehr 30 Jahren begann der Zusammenbruch des Vielvölkerstaates Jugoslawien, aus dem inzwischen sieben Nationen hervorgegangen sind. Das Demokratieniveau nach drei Jahrzehnten Transition variiert stark zwischen den Nachfolgestaaten. Die Ursachen für den zuletzt negativen Trend sind vielfältig: Vereinnahmung staatlicher Ressourcen durch Parteien, eingeschränkte Pressefreiheit oder zwischenstaatliche Konflikte.

Am 22. Januar 1990 endete der 14. und letzte Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens nach zwei Tagen intensiver, aber letztlich erfolgloser Debatten über den zukünftigen Umbau Jugoslawiens. Zuerst verließ die slowenische Delegation geschlossen den Kongress, wenig später folgten ihr die Delegierten aus Kroatien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegovina. Wenngleich damit faktisch das Ende der Partei und ihrer 45 Jahre währenden Herrschaft in Jugoslawien besiegelt wurde, war selbst für pessimistische Beobachter nicht abzusehen, dass ein Jahr später eine Dekade des Krieges in der Region anbrechen sollte.

Die Spuren der gemeinsamen Vergangenheit wie auch des Krieges sind bis heute in den sieben Nachfolgestaaten allgegenwärtig. Die demokratische Transition in den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken startete unter gänzlich unterschiedlichen Vorzeichen und bewegt sich nach wie vor auf unterschiedlichem Niveau. Das ausgehende dritte Jahrzehnt des Zusammenbruchs Jugoslawiens soll zum Anlass genommen werden, eine Zwischenbilanz der Demokratisierungsprozesse zu ziehen, bestehende Hindernisse zu erläutern und die Rolle der Europäischen Union in den Blick zu nehmen.

Oliver Kannenberg, M.A.
Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) Berlin

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 77-88 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.09

1. Versetzte Demokratisierungsprozesse mit gemischten Erfolgen: Der Status quo

Innerhalb von Demokratisierungsprozessen wird die politische Macht von einzelnen Führungsgruppen auf das gesamte Staatsvolk übertragen. Demokratisierungseffekte berühren dabei nicht nur das politische System, sondern auch Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Zu Beginn der Transition von Autokratie zu Demokratie sind freie und faire Wahlen, der Aufbau unabhängiger Medien sowie die Garantie allgemeiner Bürgerrechte zentrale Grundpfeiler. Aufgrund des Prozesscharakters der Demokratisierung, kann diese vor allem in der Frühphase Rückschläge erleiden. Ein einmal erreichtes demokratisches Niveau führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung, sondern muss fortwährend gegenüber autoritären Rückschlägen verteidigt werden.

In Nachkriegsgesellschaften wird der im Rahmen der Demokratisierung vorgesehenen Beteiligung von Konfliktparteien eine heilende Wirkung für die vom Krieg erzeugten Wunden zugeschrieben. Die jugoslawischen Nachfolgestaaten waren im unterschiedlichen Maße von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten geprägt. Neben den vier Nachfolgekriegen in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzgovina und Kosovo, wurde auch die Transition Nordmazedoniens von ethnischen Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen beeinflusst. Daraus erklären sich die unterschiedlichen Verzögerungen zu Beginn der Demokratisierung. Mit Blick auf das Demokratieniveau[1] im Jahr 2020 (s. Abbildung 1) können drei Gruppen aus den Nachfolgestaaten gebildet werden. Da wäre zunächst eine Spitzengruppe, bestehend aus den beiden EU-Mitgliedern Kroatien und Slowenien. Sie werden als einzige der hier behandelten Staaten als (semi)-konsolidierte Demokratien eingestuft, wohingegen die übrigen fünf Länder in die Kategorie „hybride Regime" fallen (Freedom House 2021).

Der Demokratisierungsprozess Sloweniens, das bereits innerhalb Jugoslawiens als „liberalste" Teilrepublik galt, wurde durch die begrenzten Kriegshandlungen und die hohe Homogenität der Bevölkerung begünstigt. Die wirtschaftliche Stärke Sloweniens unterstützte die Bemühungen eines EU-Beitritts, der 2004 erfolgreich umgesetzt wurde. Die Transition Kroatiens wurde im Wesentlichen durch den bis 1995 andauernden Kroatienkrieg und die bis zum Ende des Jahrtausends währende personenzentrierte Herrschaft des autoritären Präsidenten Franjo Tuđman (HDZ) eingeschränkt. Dennoch fand auch Kroatien unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung einflussreiche Unterstützer in Europa, allen voran Deutschland. Der früh in Ausschicht gestellte EU-Beitritt verzögerte sich jedoch trotz weitreichender institutioneller Reformen aufgrund der mangelhaften Kooperationsbereitschaft mit dem „Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien" sowie unzureichender Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung. Zuletzt sank vor allem in Slowenien das Demokratieniveau aufgrund gezielter Angriffe der Regierung auf die Pressefreiheit (s. Abschnitt 2.2).

Die Schlussgruppe bilden Bosnien und Herzegovina, Montenegro und Serbien mit deutlich unterschiedlichen Verläufen und Ursachen. In Bosnien und Herzegovina, der am stärksten vom Krieg gezeichneten Nation, sind diese vor allem institutioneller Natur. Der Bundesstaat besteht aus zwei Entitäten, der Föderation Bosnien und Her-

Der Klimawandel, die Politik und die Gewerkschaften

Vom „industriellen Klassenkonflikt" zum „sozial-ökologischen Transformationskonflikt"

Edmund Budrich

Die Lage

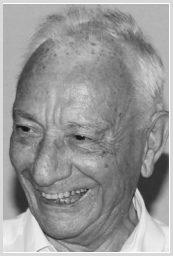
Der Schutz der Umwelt, der Kampf gegen den Klimawandel führen zu großen Umstrukturierungen in der Industrie. Besonders wichtig:

– der Kohleausstieg (Bergbau und Energie)
– das CO_2-Management (Verkehr, Automobil)

Umstrukturierungen bedeuten nicht zuletzt Abbau von Arbeitsplätzen. Das ruft die Gewerkschaften, besonders die der betroffenen Branchen auf den Plan (Metall, BCE) und die Dachorganisation DGB. Diese setzen sich mit der Politik auseinander, um die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen.

Die politischen Parteien in Regierung und in Opposition, die bei allen Aktivitäten ihre Wählerinnen und Wähler im Blick haben, treten als Unterstützer (arbeiternah), aber auch als Bremser (wirtschaftsnah) der gewerkschaftlichen Positionen auf. Die rechtsextreme AfD macht sich zur sozial kompetenten Sprecherin der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und versucht, auf diese Weise – durchaus mit Erfolg – politischen Einfluss zu gewinnen.

Nachdem die Gewerkschaften, insbesondere die IGBCE und Metall deutlich zu einem Verständnis für die Umweltpolitik der Regierung neigen, scheint es, als gebe es keine Kontroverse mehr. Allerdings finden sich durchaus Sollbruchstellen in den Forderungen an die alte (bis 2021) und die neue (ab 2022) Regierung, in der gewerkschaftsinternen Kritik von Links und in der Konterkarierung gewerkschaftlicher Aktivitäten durch Rechtsextreme.



Edmund Budrich
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 89-96 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.10

Wirtschaftsdidaktik – Aufgaben und Verortungen

Systematische Annäherung an den Begriffsgebrauch in drei wirtschaftsdidaktischen Zeitschriften

Felix Schreiber, Malte Ring

1. Einleitung

In wirtschaftsdidaktischer Literatur liegen unterschiedliche Vorstellungen im Hinblick auf ein Selbstverständnis der Wirtschaftsdidaktik vor. In diesem Beitrag soll daher eine systematische Analyse erfolgen, die diese verschiedenen *Auffassungen* systematisiert und quantifiziert. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es demnach, anhand einer systematischen Inhaltsanalyse fachdidaktische Auffassungen in drei zentralen Zeitschriften der (deutschsprachigen) Wirtschaftsdidaktik auszumachen und so einen Beitrag zur Klärung der Frage nach Gegenstand und Verortung der Wirtschaftsdidaktik zu leisten.

Das Selbstverständnis der Wirtschaftsdidaktik kann zunächst narrativ aus Lehrbüchern und zentralen Beiträgen abgeleitet werden. So beschäftigt sie sich auf der Ebene des Unterrichts mit Fragen zu Zielsetzung, Inhaltsauswahl und Organisationsform des unterrichtlichen Lehrens und Lernens (Kruber, 2000; Schlösser, 2001; Kaiser & Kaminski, 2003; Euler & Hahn, 2014) sowie der (empirischen) Analyse fachlicher Lehr-Lern-Prozesse und Kompetenzentwicklung von Lernenden und Lehrenden (aktuell z.B. Siegfried, 2019). Allgemeiner beschäftigt sie sich auch mit der Analyse und der Reflexion gesellschaftlicher Voraussetzungen und Wirkungen sowie der Stellung des Faches im Gesamtzusammenhang von Schule und Bildung. Darüber hinaus spielt im wirtschaftsdidaktischen Diskurs das Verhältnis von Fach und Fachwissenschaften (und damit einhergehend die Ausgestaltung der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen) eine entscheidende Rolle (Kaminski, 2017). Angesichts der Pluralität an (Modell-)Vorstellungen des Fachdidaktischen bleibt allerdings offen, in welchem Verhältnis die Fachdidaktiken zueinander und in Bezug zu den Bildungswissenschaf-

Felix Schreiber
Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Erziehungswissenschaft

Dr. Malte Ring
Eberhard Karls Universität Tübingen, Lehrstuhl
für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 97-106 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.11

ten und den jeweils korrespondierenden Fachwissenschaften stehen (Cramer & Schreiber, 2018; Cramer, 2019) und welcher disziplinäre Status ihnen zuzusprechen ist (Tenorth & Terhart, 2004).

Die Fragestellungen des vorliegenden Artikels lauten demnach: (1) Welche Auffassungen von Wirtschaftsdidaktik finden sich in wirtschaftsdidaktischer Literatur? (2) Sind in der empirischen Auffassungsvielfalt Profile auszumachen?

2. Systematische Inhaltsanalyse

Der vorliegende Artikel greift auf eine im Verfahren der Conceptual Systematic Review (Schreiber & Cramer, in Begutachtung) entwickelte Systematik fachdidaktischer Auffassungen zurück (Schreiber et al., 2022), diese wird knapp eingeführt. Anschließend wird die Korpusentwicklung für die vorliegende systematische Inhaltsanalyse vorgestellt.

2.1 Systematik fachdidaktischer Auffassungen

Ausgangspunkt der allgemeinen Systematik fachdidaktischer Auffassungen waren zwei einschlägige Heuristiken von Fachdidaktiken: die von Bayrhuber (1995) formulierten „Richtungen der Fachdidaktik“ und das von Heitzmann (2013) formulierte „Begriffssystem der Fachdidaktik“. Diese Heuristiken wurden gemäß der Gütekriterien für Systematiken (Cramer, 2016, S. 37-45) klassifiziert und in einem deduktiv-induktiven Kodierprozess an einem Literaturkorpus systematisiert. So entstand eine Systematik, die breit und allgemein – wenn auch perspektivenspezifisch – Dimensionen fachdidaktischer Auffassungen beschreiben und als Grundlage für eine inhaltsanalytische Kodierung und Quantifizierung eines Literaturkorpus im Rahmen einer systematischen Inhaltsanalyse herangezogen werden kann.

Tabelle 1: Gegenstandsbezogene Perspektive

Dimension	**Beschreibung**
1. Forschung	Fachdidaktik erforscht Gegenstände und bearbeitet, relationiert und untersucht diese mit wissenschaftlichen Methoden. Dabei entwickelt sie z. B. fachspezifische Lehr-/Lern-Modelle oder fachwissenschaftliche Inhalte, die nicht zwingend praktische Relevanz besitzen.
2. Meta-Kommunikation	Fachdidaktik mediiert Konflikte zwischen Akteuren, Disziplinen und Paradigmen. Sie setzt sich mit ihrer Disziplinarität, ihrem Gegenstand und ihrem wissenschaftlichen Nachwuchs auseinander. Fachdidaktik berät, vernetzt, diskutiert und fordert über ihre Grenzen hinweg.
3. Entwicklung	Fachdidaktik entwickelt konkrete Materialien, Unterrichtsdesigns, Lerneinheiten und unterrichtstaugliche Lerngegenstände für den konkreten schulpraktischen Unterricht.
4 Elementarisierung	Fachdidaktik wählt schulpraktisch relevantes fachwissenschaftliches Wissen aus und legt somit auch das Wissen fest, welches von Schülerinnen und Schülern beherrscht werden sollte.
5. Lehrende Performanz	Fachdidaktik ist bildende Praxis selbst, also die praktisch-methodische Umsetzung des Unterricht(en)s.
6. Professionalisierung	Fachdidaktik bereitet angehende Lehrpersonen reflexiv-universitär auf den Fachunterricht vor.
7. Anleitung	Fachdidaktik bereitet angehende Lehrpersonen im Sinne einer mimetischen Meisterlehre auf den Fachunterricht vor.

Den linken Zeitgeist im Visier

Barbara Zehnpfennig

Wenn das Buch einer prominenten Parteipolitikerin Parteimitglieder dazu animiert, umgehend ihren Parteiausschluss zu betreiben, dann hat dies Buch offenbar einen Nerv getroffen. Sarah Wagenknechts Schrift „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt" ist eine schonungslose Abrechnung mit einem linksliberalen Milieu, das die soziale Frage aus den Augen verloren hat und sich stattdessen mittels Identitätspolitik und grünen Lifestyle-Projekten der eigenen moralischen Überlegenheit versichert. Obwohl die Autorin ihre Partei nur im Vorwort, nicht aber bei der Analyse erwähnt, fühlte diese sich offenbar gemeint – eine unbeabsichtigte Bestätigung der Diagnose, dass die politische Linke insgesamt einen Kurswechsel vollzogen hat, mit dem sie ihren traditionellen „Geschäftsbereich" verlassen und sich auf ein Nebengleis begeben hat, auf dem man elegant an der Mehrheitsgesellschaft vorbeirauschen kann.

Das Parteiausschlussverfahren ist zwar vorerst gescheitert, aber das Ärgernis Wagenknecht besteht für die Linke fort, ebenso wie die Versuche, sie aus anderen Gründen aus der Partei hinauszukomplimentieren. Dazu mögen ihre Eigenwilligkeit und ihre Schwierigkeiten, im Team zu spielen, beigetragen haben. Vielleicht ist es aber auch ihre intellektuelle Überlegenheit, die so manchem in der Partei ein Dorn im Auge ist und von dem ihr provokantes, aber auch scharfsinniges Buch beredtes Zeugnis ablegt.

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig
Universität Passau, Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte

Sarah Wagenknecht, Die Selbstgerechten.
Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt,
Campus 2021

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2022, S. 117-121
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.13